



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Neuhausen a.d.F.
Vorsitzender Dietmar Rothmund
Rupert-Mayer-Str. 20
73765 Neuhausen/F.

24.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort !

Statement zur Verabschiedung des Haushalts 2026

Liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
werte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Hacker,

Nun liegt er also vor: der Haushalt 2026 für die Gemeinde. Früher wäre jetzt die Zeit, um aufzuzählen, welche der eigenen Anträge angenommen wurden. Und wie viele davon es nicht in das dicke Buch geschafft haben. Übrigens waren alle unsere Anträge nicht mit Kosten verbunden.

Aber die Zeiten sind nicht normal. Und deshalb verzichten wir heute darauf.

Viel Zeit ist aufgewendet worden, um diesen Haushalt aufzustellen. Gefühlt so viel Zeit wie für keinen anderen Haushalt in den vergangenen Jahren. Und dennoch ist uns allen bewusst: Dies ist der Haushalt für dieses Jahr. Was davon können wir ins nächste Haushaltsjahr retten? Wie sieht es im nächsten Jahr aus? Verschlimmert sich die allgemeine Krise? Übrigens kein spezielles Problem in Neuhausen. Wird die Finanzierung der Kommunalfinanzen umgebaut? Fragen, die wir hier und heute nicht beantworten können. Wir fahren auf Sicht und hoffen fürs Erste das Beste für unseren Ort. Für uns als Gemeinderäte und wohl auch für die Verwaltung eine neue Erfahrung. Für viele unserer Bürgerinnen und Bürger ist das ein bekanntes Gefühl.

Mit Spannung schauen wir auf die von der Verwaltung angekündigte „dialogische Bürgerinformation“ zur Haushaltslage. Sie hätte eigentlich schon längst stattfinden sollen. Aber Bürgerinformation und auch Bürgerbeteiligung erfahren ja leider im Rathaus nicht immer die Bedeutung, die ihnen zukommt. Und rechtzeitig – also vor dem Ergreifen mancher Maßnahmen – kommt sie noch seltener. Leider! Dafür wundert sich dann der eine oder andere auf der Verwaltungsbank, wenn sich die Leute aufregen, weil sie sich logischerweise nicht ernst genommen fühlen.

Mit rechtzeitiger Kommunikation hätte sich auch der Wirbel um die Erhöhung der Gebühren für die Kindertagesstätten wohl größtenteils vermeiden lassen. Aber schon ein paar Telefonate im Vorfeld waren ja zuviel ...

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir von der SPD sind grundsätzlich gegen Gebühren für Bildung – und zu Bildung zählt auch die Zeit in der Kindertagesstätte. Aber das kann die Gemeinde nicht in Einzelregie leisten; das muss in Stuttgart oder Berlin ausgehandelt werden.

Übrigens: Wir Parteien sind auch diesen Samstag wieder am Einsatz hier auf dem Wochenmarkt. Aber die Verwaltung und die FW-Fraktion können an der Demonstration von Verdi und IG Metall teilnehmen. Motto: „Kommunen am Limit“. Beginn 5 vor 12 in Stuttgart auf dem Schloßplatz.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.